

TIBET

„Wie im Gefängnis“

Die in Peking lebende tibetische Autorin Tsering Woeser, 44, über die Lage in Lhasa und die Gefahr weiterer Ausschreitungen



NEW YORK TIMES / REDUX / LAF

SPIEGEL: Mehrere tibetische Umweltaktivisten, Journalisten und Autoren sind verhaftet oder verurteilt worden. Verschärft sich die Lage für die Tibeter?

Woeser: Niemand kennt die Zahl der Verhafteten. Ich schätze, es sind rund 60 bis 70. Die Unterdrückung richtet sich mehr und mehr gegen die tibetische Elite. Sie wird absichtlich ausgelöscht.

SPIEGEL: Sie waren kürzlich wieder mehrere Monate in Lhasa. Ist die Lage angespannt?

Woeser: Es ist auffällig, wie viel Militär und Polizei in der Stadt stationiert sind. Die Anwohner fühlen sich als Volk diskriminiert, sie können nicht atmen, sie fühlen sich wie im Gefängnis. Um den Jokhang-Tempel ...

SPIEGEL: ... dem wichtigen Heiligtum der Tibeter ...

Woeser: ... patrouilliert die Polizei entgegen der vorgeschriebenen Richtung auf dem Pilgerweg. Das schafft böses Blut. In den Klöstern sind Polizei und Militär untergebracht, Kameras sind allgegenwärtig. Besucher, die abseits der Wege mit Mönchen sprechen, werden von Polizisten gewarnt und fortgeschickt.

SPIEGEL: Ist die starke Präsenz chinesischer Händler und Wanderarbeiter ebenfalls ein Grund für die Unzufriedenheit?

Woeser: Der Zustrom reißt nicht ab, er wird sogar offiziell gefördert. In der Weststadt von Lhasa ist eine neue Entwicklungszone entstanden. Investoren von außen genießen Steuervorteile.

SPIEGEL: Was muss geschehen, um weitere Unruhen zu vermeiden?

Woeser: Die Regierung sollte dem Dalai Lama erlauben, nach Tibet zurückzukehren.

SPIEGEL: Für die chinesische Regierung ist er ein Separatist und Verräter. Fürchten Sie trotz der starken Militärpräsenz neue Aufstände?

Woeser: Vor allem jüngere Leute sind zornig. Sie sagen: „Wenn sich der Dalai Lama bis zu seinem Tod nicht mit seinem Volk treffen darf, werden wir Widerstand leisten. Wir sind bereit, unser Leben zu opfern.“ Das wäre eine Tragödie.

Potala-Palast in Lhasa



CHINA PHOTOS / GETTY IMAGES

IRAN

Umstrittene Lieferung

Washington und Jerusalem erhöhen den Druck auf die Schweiz, keine Geschäfte mehr mit Iran abzuschließen. Die Schweizer Delegation bei den Vereinten Nationen hatte im August um grünes Licht für ein Engagement eidgenössischer Tunnelbauspezialisten in Iran gebeten: Die Firma Ceresola sollte Stahlelemente für ein U-Bahn-Projekt in der Stadt Maschad

liefern. Da diese Art von Spezialstahl aber auch für den Bau unterirdischer Anlagen zur Urananreicherung verwendet werden könnte, verlangen Israel und die USA einen Stopp des Geschäfts. Auf iranischer Seite ist die Firma Rahab betroffen, die seit verganginem Juni auf der Sanktionsliste der Vereinten Nationen steht. Schweizer Diplomaten argumentieren, der Vertrag zwischen Ceresola und Rahab, die zum Firmenkonglomerat der gefürchteten Revolutionswächter, der Pasdaran, gehört, sei bereits im April abgeschlossen worden – also vor der Aufnahme des iranischen Unternehmens auf die schwarze Liste.

entgegen. Seine Angriffe auf Steinbach werden auch von einigen Politikern in Polen für unklug gehalten. Sie hätten der anti-deutschen Rhetorik von Nationalisten Vorschub geleistet und dazu beigetragen, „dass die Bedeutung Steinbachs in Polen überschätzt wird“, meint ein hoher Diplomat.



Bartoszewski



Steinbach

CHRISTIAN THIEL / IWAGO

MICHAEL GOTTSCHALK / DAPD

GROSSBRITANNIEN

Ed holt auf

Der Ausgang der Urwahl des Chefs der britischen Labour-Partei ist wieder völlig offen. Obwohl der ehemalige Außenminister David Miliband, 45, vor vier Monaten als klarer Favorit in den parteiinternen Wahlkampf gestartet war, hat Bruder Ed, 40, ehemals Energieminister, seinen Rückstand in einzelnen Umfragen wettgemacht. Zusehends nervös warnen beide jetzt davor, dass der jeweils andere Miliband die Partei in die Bedeutungslosigkeit stürzen werde. Laut David könne die Labour Party nur an die Regierung zu-

rückkehren, wenn sie sich weiterhin auf die Mitte der Gesellschaft konzentrierte. Ed hingegen strebt einen klaren Bruch mit dem Kurs der früheren Vorsitzenden Tony Blair und Gordon Brown an. Labour, so sagt er, sei zur „Partei der Banker-Boni“ verkommen. Während beide Brüder versuchen, nicht öffentlich zu zanken, halten sich ihre Lager weniger zurück. Davids Anhänger verspotten „Red Ed“ gern als „Forrest Gump“, den dümmlichen Filmhelden. An der Urwahl zum Labour-Vorsitzenden nehmen Abgeordnete und Parteimitglieder teil, zudem verschiedene Gewerkschaften und sozialistische Gesellschaften. Das Ergebnis wird kommenden Samstag verkündet.